

## XI.

## Niederlande.

8. März. (Wahlen.) Bei den Wahlen werden 74 Deputierte gewählt, von welchen 41 Anti-Liberale und 33 Liberale sind. Zwischen 30 Anti-Liberalen und 22 Liberalen müssen engere Wahlen stattfinden.

Die vereinigten Ultramontanen und evangelischem Konserwativen erhalten durch den Ausfall der Stichwahlen eine Majorität von 8 Stimmen.

21. März. (Sozialistischer Deputierter.) Bei der Nachwahl für die zweite Kammer in Schoterland wird der Führer der demokratisch-sozialistischen Partei, Domela Nieuwenhuis, mit 1167 von 2203 Stimmen gewählt. Es ist dies der erste sozialistische Deputierte. Seine Wahl verdankt derselbe der lebhaften Unterstützung der Ultramontanen und Pietisten gegenüber dem Vertreter der Fortschrittspartei, Geldt.

26. März. (Demission des Kabinetts.) Infolge des Ausfalls der Wahlen gibt das liberale Kabinet Geenskerk seine Entlassung.

20. April. (Kabinettswechsel.) Es konstituiert sich ein neues konservativ-liberales Kabinet in folgender Weise:

Baron Madag, Inneres; Ansa, Justiz; Gobin de Beaufort, Finanzen; Garrijn, Meubres; Kluchenius, Kolonien; Oberst Bergenhuis, Krieg; Dyherink, Marine; Havelaar, öffentliche Arbeiten.

27. Mai. (Erbfolge in Luxemburg.) Die „Nordb. Allg. Ztg.“ erklärt gegenüber Zeitungsmitteilungen von dem angeblichen Prästendententume des Prinzen Nikolaus von Nassau auf Luxemburg, sowie von der Unterstützung dieser Bestrebungen in Berlin,

die ganze Mitteilung sei aus der Luft gegriffen; es haben niemals wegen der Succession des Prinzen Nikolaus in Luxemburg irgend welche Verhandlungen stattgefunden, und könne von bezüglichen Unterhandlungen auch gar nicht die Rede sein, da das Successionsrecht des Herzogs von Nassau vertragsmäßig unanfechtbar, mithin völlig zweifellos ist.

1. Hälfte Juni. (Landesverteidigung.) Der König ernannt eine Kommission von 18 Mitgliedern unter dem Prästidium des Kriegsministers, die damit beauftragt ist, über die Prinzipien einer geschnidmässigen Organisation der Landesverteidigung zu berathen.

16. Juli. (Vormundschaftsgesetz.) Die Regierung